



Presseinformation

Nr. 26.101

19.03.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 14 – Einrichtung einer Deutsch-Dänischen Förde-Agentur und eines Sonderprogramms zur ökologischen Gesundung der Flensburger Förde

Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Silke Backsen**:

Meeresschutz kennt keine Grenze: Gemeinsam für die Flensburger Förde

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

die Flensburger Förde ist ein ökologisch hochsensibler Meeresraum, Lebensraum für viele Arten, Erholungs- und Tourismusregion, Wirtschaftsraum und ein ganz besonderer deutsch-dänischer Begegnungsraum. Gerade deshalb ist ihr ökologischer Zustand nicht nur eine naturschutzpolitische Frage. Er betrifft auch die Lebensqualität der Menschen in der Region, er betrifft den Tourismus, die regionale Wertschöpfung und letztlich die gesamte Attraktivität dieses Grenzraums.

Deshalb ist es richtig, dass wir heute über die Flensburger Förde sprechen. Und deshalb danke ich auch dem SSW für die Initiative, dieses Thema hier auf die Tagesordnung zu setzen.

Denn eines ist klar: Der ökologische Zustand der Förde ist nicht gut. Und ebenso klar ist, dass sich diese Probleme nicht entlang einer Staatsgrenze lösen lassen. Wer die Förde schützen will, muss international und hier deutsch-dänisch denken und auch handeln.

Es ist nicht so, als stünden wir beim Schutz der Förde bei null. Im Gegenteil, es sind bereits zahlreiche Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene auf den Weg gebracht worden. Mit dem Aktionsplan Ostseeschutz 2030, der übrigens exakt heute vor zwei Jahren beschlossen wurde, gibt es bereits konkrete Maßnahmen. Ein neues marines Naturschutzgebiet beginnt am östlichen Ausgang der Förde, zugleich

wird das Management im Natura-2000-Gebiet „Geltinger Bucht“ gestärkt. Für beide Gebiete ist künftig strenger Schutz vorgesehen. Hinzu kommen Maßnahmen zur Reduzierung von Nährstoffeinträgen wie die Zielvereinbarung mit der Landwirtschaft und die Maßnahmen und Vorschläge der Ostseebeiräte.

Auch bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt es bereits Bewegung. Die deutsch-dänische Konferenz Anfang Februar in Sønderborg war ein wichtiger Auftakt. Die Landesregierung strebt eine stärkere Zusammenarbeit mit klaren Zielen zur Verbesserung des ökologischen Zustands an. Zudem läuft bereits die Planung für eine deutsch-dänische Arbeitsgruppe und der Umweltminister hat mit seinem Schreiben vom 23. Februar 2026 an den dänischen Minister konkrete Vorschläge für eine künftige Koordinierungsstruktur gemacht.

Das alles heißt nicht, dass schon genug getan ist. Im Gegenteil. Es heißt, wir sollten auf dem aufbauen und das vertiefen, was bereits angestoßen ist. Das beginnt bei den Nährstoffeinträgen, die über das gesamte Einzugsgebiet in die Förde gelangen und in großem Maße aus der Landwirtschaft kommen. Hier brauchen wir dringend die angekündigten Reduktionen. Es betrifft aber auch punktuelle Einleitungen. Allein auf schleswig-holsteinischer Seite werden zahlreiche kommunale Kläranlagen im Einzugsgebiet erfasst und die Einleitungen überwacht. Es zeigt sich, dass der Druck auf dieses Ökosystem ernst ist und aus vielen Quellen zugleich kommt.

Und auch beim Thema Wildmuschelfischerei sehen wir: Es gibt Fortschritte, aber eben noch keine abschließende Lösung. Von schleswig-holsteinischer Seite findet Wildmuschelfischerei bereits heute nicht mehr statt. Für ein endgültiges Verbot in der Flensburger Förde braucht es aber eine Umsetzung auf deutscher und dänischer Seite. Genau darüber wird noch verhandelt. Eine zeitnahe Einigung wird zwar erwartet, ein sicheres Datum für ein endgültiges Verbot gibt es aber bislang nicht.

Und genau an diesem Punkt habe ich Zweifel, ob der Antrag von SSW und SPD in dieser Form der richtige Schritt zur richtigen Zeit ist. Gefordert werden eine neue deutsch-dänische Förde-Agentur mit eigenem Mandat, eigenem Personal, eigenem Budget und verbindlicher Steuerungsstruktur, dazu ein Sonderprogramm, ein breiter Finanzierungsmix aus EU-, Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln und weitere Berichtspflichten. Das klingt auf den ersten Blick entschlossen, aber es ist eben auch ein sehr großer institutioneller und finanzieller Aufschlag.

Wo ich aber sofort mitgehe, ist, die bisher vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklungen weiter voranzutreiben und auszubauen. Der beantragte Bericht kann uns dabei eine gute Stütze sein und zeigen, wo vielleicht schon Besserung in Sicht ist und wo wir entschlossener handeln müssen.

Meeresschutz braucht Verlässlichkeit, Prioritäten und Wirkung. Fortschritt ist dann erreicht, wenn weniger Nährstoffe in die Förde gelangen, wenn sensible Lebensräume besser geschützt werden, wenn Nutzungen naturverträglicher organisiert werden und wenn Deutschland und Dänemark gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Die Flensburger Förde erinnert uns daran, was für den Meeresschutz insgesamt gilt: Meeresnatur kennt keine Verwaltungsgrenzen und keine Staatsgrenzen. Wer sie schützen will, muss über Grenzen hinweg handeln, und das fachlich, politisch und praktisch.

Vielen Dank.

Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de